

SPAM-Info



Balance: Sparen ohne Geist

Liebe Genossinnen und Genossen

Nun ist das Sanierungsprogramm bekannt, mit dem der Stadtrat in seiner neuen bürgerlichen Mehrheit die Finanzen «nachhaltig» verbessern will. 43,6 Mio. Franken stehen unter dem Strich an Einsparungen an, aber auch die Streichung von 110 Stellen. Es wird zu mehreren Dutzend Kündigungen kommen und die Stadt will 40 Lehrstellen weniger anbieten.

Der Katalog der Massnahmen ist gross, aber wenig einfallsreich: Die grossen Beträge werden für anvisierte Auslagerungen oder Privatisierungen eingesetzt – Stadtwerk, Theater Winterthur, Stadtgärtnerei – oder für wohlklingende Projekte der Informatik, die ebenfalls das Heil in Privatisierungen (externe Vergabe der Festnetztelefonie) oder Standardisierungen (Erneuerung städtische Website) suchen.

Einige der Zahlen sind Hoffnungsbuchungen, so die erwarteten Dividenden aus der Stadtwerk-Auslagerung, andere (z.B. bei der Informatik) gaukeln Einsparungen vor, die aber auf der anderen Seite, bei den Leistungsbezügern, zu Mehrkosten führen werden. Einzelne Massnahmen sind als Provokation angelegt, weil sie Volksscheide in Frage stellen (Ausbau Polizei) oder weil deren Nutzen nicht einsichtig ist (neues Betriebskonzept für Schlösser Hegi und Mörsburg).

Ganz konkret und hart trifft es aber die städtischen Mitarbeitenden, nicht nur jene, die ihre Stelle verlieren werden, sondern genauso jene, die unter dem Spardruck mehr Arbeit bei weniger Ressourcen leisten müssen, ganz besonders im Pflegebereich. Sie sind es, die tagtäglich versuchen, die hohe Qualität der städtischen Leistungen aufrecht zu erhalten und der Sparhysterie mit guter Arbeit zu begegnen.

Und wofür? Viele reden vom «strukturellen Defizit» der Stadt, das es nun zu beseitigen gelte, und kaum jemand davon, dass in den letzten 15 Jahren ziemlich genau dieser «Fehl-Betrag», nämlich 60 Mio. Franken, dem städ-

tischen Haushalt durch Steuergesetzänderungen und Steuersenkungen entzogen wurde. Balance ist vor allem ein Reparaturprogramm von politischen Fehlentscheidungen einer bürgerlichen Mehrheit in Stadt und Kanton, die Winterthur in den letzten Jahren finanziell geschwächt haben.

Denn Winterthur ist vor allem deshalb in finanziellen Schwierigkeiten, weil die Lastenverteilung zwischen Kanton und Stadt nicht stimmt, weil der Kanton immer wieder Aufgaben delegiert, ohne dafür zu bezahlen und weil man in den letzten Jahren Steuergeschenke für wenige über nachhaltige Finanzen für alle gestellt hat. Ausserdem gibt es in der Verwaltung Kostentreiber, die niemand im Griff hat. All dies macht jedes Spar- und Sanierungsprogramm nach kurzem wieder zunichte. Hier muss man einsetzen, und zwar politisch und nicht mit einem Strauss von bunten Massnahmen, der schnell verwelkt.



Benedikt Zäch
SP Altstadt/Mattenbach

WAHLEN / ABSTIMMUNGEN 12.04.2015:

Stadt Winterthur:

NEIN: Teilaufhebung der Gemeindegzuschüsse zur AHV/IV

Kanton Zürich:

LISTE 2 in den Kantonsrat

Jacqueline Fehr, Mario Fehr, Martin Graf und

Markus Bischoff in den Regierungsrat

Noch weniger? Nein zur Aufhebung der Gemeindegremien

von Silvana Naef, Vorstandsmitglied und Gemeinderätin

Die Gemeindegremien für AHV- und IV-Beziehende mit Anspruch auf Ergänzungsleistungen sollen in Winterthur teilweise aufgehoben werden. Die bisherigen Zuschüsse für Lebensbedarf und Busabonnement sollen wegfallen. Nachdem der Stadtrat vorgeschlagen hatte, die Gemeindegremien ganz zu streichen, hat der Grosse Gemeinderat beschlossen, die Mietzinszuschüsse weiterhin zu gewähren. Durch die vom Grossen Gemeinderat mit 30:26 Stimmen beschlossene Kürzung der Gemeindegremien soll die städtische Rechnung um schätzungsweise zwei Millionen Franken jährlich entlastet werden. Die SP hat zusammen mit den Grünen, der AL und der EVP das Behördenreferendum gegen diese Kürzung ergriffen.

Das Vorgehen ist wohlbekannt: seit Jahren werden in Bund, Kanton und Gemeinden die Steuern für die Vermögenden gekürzt und gleichzeitig bei den Leistungen gespart. Ein Teil der Bevölkerung wird mit dieser Massnahme vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, da

die Betroffenen der Wegfall der ordentlichen Gemeindegremien in der Höhe von durchschnittlich rund 70 Franken pro Monat stark trifft. Die vorgeschlagene Abschaffung der Gemeindegremien ist keine Übergangslösung, um das Sanierungsprogramm Balance sorgfältig aufgleisen zu können, sondern ein definitiver Einschnitt mit weitreichenden Folgen für die Betroffenen.

Hinzu kommt, dass die ordentlichen Gemeindegremien in Winterthur bereits vor zehn Jahren im Rahmen Sparbemühungen halbiert wurden. Dieser Kürzung stimmte das Volk im November 2004 mit 50,58 Prozent zu. Übrigens verwarf das Volk in Dietikon im Frühling 2014 die Abschaffung von Gemeindegremien in einer Referendumsabstimmung mit 51,8 Prozent Nein. Auch für die Abstimmung am 12. April 2015 zeichnet sich daher ein knapper Abstimmungskampf ab – wir sind auf eure Mithilfe angewiesen, um diese unsoziale Leistungstreue zu verhindern!

Kantonsratskandidaten

der SP Altstadt/Mattenbach

ANDREAS DAURÜ, Pflegefachmann HF, 1979 (bisher)

«Ein starker und erfolgreicher Kanton Zürich braucht soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle – ich wehre mich gegen die Angriffe auf unsere Sozialwerke! Das öffentliche Gesundheitswesen, welches die gesundheitliche Grundversorgung der Bevölkerung sicher stellt, gehört zu den wichtigsten Pfeilern des Service Public. Damit darf nicht experimentiert werden. Dafür werde ich mich auch die nächsten vier Jahre im Kantonsrat einsetzen.»



BENEDIKT ZÄCH, Historiker/Museumsleiter, 1959 (neu)

«Ich möchte im Kantonsrat anpacken: für faire Kostenverteilung im Sozialbereich, gegen den Raubbau am Service Public und für eine lebendige Kultur in Stadt und Land.»



MARKUS STEINER, Aromatechnologe/Hausmann, 1973 (neu)

«Als Arbeitnehmer, als Hausmann, als Mieter, als Velofahrer, als Musikfestwochenmitglied, als Schulpfleger, als Vater zweier Söhne und als Winterthurer sind mir diese Wahlen wichtig. Deshalb setze ich mich am 12.4. für einen offenen, gerechten und sozialen Kanton ein.»

